

## Klatsch politique



Die sich überstürzenden innenpolitischen Ereignisse der letzten Monate machen es Coop Schweiz mit Hauptsitz Basel offenbar schwer, die Übersicht zu behalten. So erhielt alt Nationalrat **Christian Miesch** (SVP, BL) von der Coop-Geschäftsleitung am 8. Januar eine herzliche Einladung zum «Gedankenaustausch über Politik und Wirtschaft». Verbunden war der Brief mit der «ganz herzlichen Gratulation» zu Mieschs «erfolgreicher Wiederwahl in den Ständerat». Dabei könnte man seit dem 10. März 2015 wissen, dass Miesch per Ende Legislatur nicht mehr Nationalrat ist. In der BaZ sagte er damals exklusiv: «Nationalrat Miesch tritt bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst nicht mehr an. Das habe ich für mich allein entschieden. Nicht mal meine Frau ist eingeweiht.» Was damals selbst Mieschs Gattin überraschte, gilt offenbar bald ein Jahr später noch immer für die Coop-Spitze. by



Das **Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen** (BLV) warnte gestern «vor dem Kinderkostüm »Star Wars Darth Vader«, verkauft bei World of Party AG. Die Kopfmassage ist leicht entzündbar und stellt in der Nähe von offenen Flammen eine Verbrennungsgefahr dar. (...) Um die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten, empfiehlt das BLV, das Tragen der Maske dieses Kostüms zu unterlassen.» Wir warnen weiter vor dieser Zeitung. Sie ist ebenfalls leicht entzündbar. sta

## Nachrichten

## 73 Schweizer Jihad-Reisende

**Bern.** Erstmals seit September 2015 ist die Zahl der Jihad-Reisenden aus der Schweiz wieder gestiegen und zwar um drei. Neu geht der Nachrichtendienst des Bundes von insgesamt 73 Fällen aus, wie aus seiner gestern aktualisierten Internetseite hervorgeht. Von den seit 2001 erfassten 73 Personen begaben sich 59 nach Syrien und in den Irak und 14 nach Somalia, Afghanistan und Pakistan. SDA

## Der Durchbruch am Ceneri ist gelungen

**Camorino.** Kurz vor 12 Uhr ist gestern Donnerstag die 15,4 Kilometer lange Weströhre des Ceneri-Basistunnels rund 700 Meter vor dem Nordportal durchgeschlagen worden. 1500 Zuschauer verfolgten vor und im Tunnel einen der letzten Durchstiche der neuen Nord-Süd-Alpentransversalen. SDA

## Solothurn verletzt Submissionsgesetz

**Solothurn.** Die Solothurner Kantonsverwaltung hat bei der Vergabe von Aufträgen für das externe Steuerdaten-Scanning das Submissionsgesetz mehrfach verletzt. Zu diesem Schluss kommt die Geschäftsprüfungskommission des Parlaments. Der Datenschutz muss laut GPK verbessert werden. Der Regierungsrat räumte ein, «dass bei der Vergabe der Scanning-Aufträge Fehler gemacht wurden». SDA

## Sozialhilfe für 80 Prozent der Flüchtlinge

**Neuenburg.** 2014 haben in der Schweiz acht von zehn Flüchtlingen Sozialhilfe erhalten. Die Zahl der unterstützten Personen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent auf fast 14.000. Dies zeigt eine Erhebung

## Der Bundesrat und die Terroristen

Wie die PLO die Landesregierung mit dreisten Drohungen unter Druck setzte

Von Pierre Heumann, Tel Aviv

Als Jonathan Kreutner in der *Neuen Zürcher Zeitung* über den Deal zwischen der Schweiz und der PLO las (siehe Text unten), fiel es ihm wie Schuppen von den Augen. «Jetzt wurde mir einiges klar, das ich bisher nicht einordnen konnte», sagt der Historiker. Er hat vor zwei Jahren eine an der Uni Basel entstandene Dissertation über das schweizerisch-israelische Verhältnis publiziert.

Bei seinen Recherchen sei er auf Indizien gestossen, dass es Druckversuche der Palästinenser auf die Schweiz gegeben haben müsse und dass es zu Drohungen gekommen sei. Das Buch «Schweizer Terrorjahre» von Marcel Gyr belegt nun, was Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund, ansatzweise sehen konnte.

Wer Kreutners Dissertation liest, wundert sich über die Dreistigkeit, mit der die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) in Bern auftrat. Sie stellte nicht nur Forderungen, sondern drohte mit neuen Gewaltakten, sollte die Schweiz ihre Forderungen nicht erfüllen. Der Palästinenser Daoud Barakat – er war die Kontaktperson des damaligen Eidgenössischen Politischen Departementes (EPD, heute EDA) bei der PLO – unternahm immer wieder neue Druckversuche, indem er bei jeder Aktion der Schweiz, die ihm nicht passte, subtil zu verstehen gab: damit leider das «Risiko heraufbeschworen», dass die «Extremisten ihre Rachegefühle nun auch wieder auf die Schweiz ausdehnten».

Beim Studium der Quellen hatte Kreutner den Eindruck, dass die Schweizer Behörden hilflos auf die Druckversuche Barakats reagierten. Er zitiert dazu ein Antwortschreiben von Bundesrat Pierre Aubert aus dem Jahre 1978 auf eine Bürgerbeschwerde wegen des anstehenden Besuches des PLO-Vertreters Farouk Kaddoumi in Bern: «Wenn mein Departement dem Drängen der PLO nachgegeben und eingewilligt hat, einen Vertreter dieser Organisation anzuhören, hat dies ganz bestimmt nicht den Sinn, mit Extremisten ein Plauderstündchen zu verbringen.» Mit Hinblick auf das «jetzige gute Verhältnis» der Palästinenser zur Schweiz habe die PLO palästinensische Splittergruppen davon abhalten können, weitere Attentate in der Schweiz durchzuführen, so Barakat.

Der Bundesrat handelte pragmatisch, manche würden sagen: zu pragmatisch.

Konkret meinte Barakat damit wohl, wie ein Schweizer Diplomat notierte, dass er die Extremisten in der PLO davon überzeugen konnte, keine weiteren Attentate wie zu Beginn der 1970er-Jahre in der Schweiz zu planen. Auch hätten, so Barakat, die «bisherigen Schritte der Schweiz zugunsten der PLO» ihn «in die glückliche Lage versetzt, Pläne militanter Palästinenser zur Durchsetzung einer PLO-Teilnahme an internationalen Konferenzen, die von der Schweiz organisiert werden, abzuwenden».

Dies werde ihm allerdings weiterhin nur gelingen, sofern er «gelegentlich weitere entgegenkommende Schritte seitens der Schweiz ins Felde führen» könne.

Diese Botschaft scheint in Bern verstanden worden zu sein, auch wenn der Chef des EPD der Auffassung war, womöglich nehme Barakat «den Mund hier zu voll». Auch trat er Barakat selbstbewusst entgegen, indem er ihm unmissverständlich klarmachte, das «gute Verhältnis der Schweiz zur PLO» dürfe auf keinen Fall das «gute Verhältnis der Schweiz zu Israel» tangieren.

Barakats Antwort, wonach gerade dieses gute Verhältnis der Schweiz zu Israel dienlich sein könnte, um «politische Gefangene» aus Israel freizubekommen, veranlasste den EPD-Chef zur kritischen Notiz: «Gemeint sind natürlich Extremisten.» Die PLO war in den Augen mancher EPD-Stellen immer noch eine Terrororganisation, die der Gewalt nicht abgeschworen hatte.

Die Angst Berns vor dem palästinensischen Terror nützte die palästinensische Lobby aus. So unternahm bereits im Januar 1971 der Präsident der Schweizerischen-Arabischen Gesellschaft beim EPD einen ersten Vorstoss in Richtung PLO-Vertretung in Genf. Der Bundesrat wurde darüber erst an einer Sitzung im März 1971 informiert und liess das Geschäft zunächst ruhen.

Nach dem Bombenanschlag auf die jordanische Mission in Genf im Dezember 1971 beschloss der Bundesrat, die Diskussion über das PLO-Büro zu vertagen, ermächtigte das EPD allerdings gleichzeitig, «inoffizielle Kontakte mit PLO-Vertretern aufrechtzuerhalten».

Was Kreutner bei seinen Recherchen auffiel: Die Schweizer Strafverfolgungsbehörden kannten zwar die Namen der mutmasslichen Attentäter Würenlingen und auch deren Aufenthaltsort in Jordanien. Aber nie wurde offiziell die Auslieferung der beiden Hauptverdächtigen beantragt. Gründe dafür lagen während Kreutners Forschungsarbeiten im Dunkeln, da ein Grossteil der relevanten Akten noch immer der 50-jährigen Sperrfrist unterlag.

## Vorwürfe an die Behörden

Dass nach Würenlingen nicht mit rechten Dingen zugegangen sei, muss, monierten Rechercheure zum Beispiel in einem Dokumentarfilm *ARD*. Im Film «Der Todesflug von Swissair 330 – Terroranschlag ohne Sühne» wurde den schweizerischen und deutschen Behörden von damals vorgeworfen, «mit zu wenig Nachdruck ermittelt» und vor allem nichts unternommen zu haben, um die Attentäter zu fassen. Im Oktober 2010 wiederholte ein Artikel im *Schweizerischen Beobachter* den Verdacht, dass es zu «erpresssamen Drohungen» gegen die Schweiz gekommen sei.

Gyr liefert in seinem Buch den Beweis für den Pakt des Bundesrates mit den Terroristen. Er zeigt, wie der damalige Bundesrat pragmatisch – manche würden sagen: zu pragmatisch – handelte, um die Schweiz vor Terroranschlägen zu verschonen.

Jonathan Kreutner: **Die Schweiz und Israel: Auf dem Weg zu einem differenzierten historischen Bewusstsein**, Chronos Verlag, 2013

## Pierre Grabers geheimer Deal mit der PLO

Die Schweiz handelte 1970 mit der Terrororganisation ein Stillhalteabkommen aus



«Unmoralisch, aber notwendig.» Bundesrat Pierre Graber ging das Risiko ein, erpressbar zu werden. Foto Keystone

**Bern.** Die Schweiz hat im Herbst 1970 mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ein geheimes Stillhalteabkommen getroffen. Der damalige SP-Bundesrat Pierre Graber – Ausserordentlich von 1970 bis 1978, vertrat

legation um Graber kam als Reaktion auf mehrere Terroranschläge in der Schweiz zustande. Im Februar 1969 verübte in Kloten ein PLO-Kommando einen Überfall auf eine Passagiermaschine der israelischen Fluggesellschaft El Al. Ein Jahr

auf Schweizer Ziele verübten. Im Gegenzug sicherte die Schweiz der damals als Terrororganisation eingestuft PLO Unterstützung auf internationalem Parkett zu. Tatsächlich erhielt die PLO ab 1974 Beobachtungsbüro bei der UNO,

Hand der PLO begeben und sogar erpressbar würde. Aber er wollte die Schweiz vor weiteren terroristischen Angriffen schützen.»

## Unter den Teppich gekehrt

Wohl als Konsequenz aus dem Stillhalteabkommen liess die Schweizer Bundesanwaltschaft das Verfahren im Fall Würenlingen versanden. Bundesanwältin Carla del Ponte rollte die Angelegenheit zwar 1995 nochmals auf, kehrte aber im November 2000 ebenfalls definitiv unter den Teppich. Gyr betont in seinem Buch, es gebe keine Beweise, dass es aufgrund der geheimen Vereinbarung nie zu einer Anklage gekommen sei. Die Indizien legten diesen Schluss aber zumindest nahe.

Der damals in den Fall involvierte Staatsanwalt Robert Akeret sagte dem *Blick*: «So etwas ist für Staatsanwälte verfolger unbefriedigend; für die Angehörigen der Opfer ist es aber noch schlimmer.»

Auch für Ziegler ist klar: «Es ist unethisch, wenn man keine Hinweise darauf hat, warum die Täter nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die Angehörigen haben ein Recht auf Wahrheit.»

Auch eidgenössische Parlamentarier wollen 46 Jahre nach dem Attentat von Würenlingen der Sache auf den Grund gehen. Nationalrätin Corina Eichenberger (FDP, AG), Präsidentin der Gesellschaft Schweiz-Israel, fordert eine «lückenlose Aufklärung der Umstände». Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) werden sich dafür engagieren, dass das Parlament aktiv werde. Alfred Heer, CVP-Präsident und Nationalrat (SVP, ZH) verlangte am Mittwoch in der Sendung «10 vor 10» des *Schweizer Fernsehens* eine Aufarbeitung der Geschehnisse. «Es ist skandalös, es muss festgestellt werden, was der Bundesrat gewusst beziehungsweise ob er tatsächlich nichts gewusst hat.» SDA/mfu

